

Niederschrift

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, dem 18. Februar 2016, 20:00 Uhr, im Kursaal des Hauses des Gastes (Bürgerhaus) Lindenfels, Burgstraße 36.

- Anwesend:
- Stadtverordnetenvorsteher Rudi Schmidt, LWG/CDU
 - Stadtverordneter Georg Bumann, LWG/CDU
 - Stadtverordneter Jürgen Höbel, LWG/CDU
 - Stadtverordneter Thomas Höbel, LWG/CDU
 - Stadtverordneter Alfons Moritz, LWG/CDU
 - Stadtverordneter Rangold Richter, LWG/CDU
 - Stadtverordneter Peter Riebel, LWG/CDU
 - Stadtverordneter Norbert Risch, LWG/CDU
 - Stadtverordneter Ulrich Rossmann, LWG/CDU
 - Stadtverordneter Alexander Strohmenger, LWG/CDU
 - Stadtverordneter Ferdinand Wojacek, LWG/CDU
 - Stadtverordnete Ursula Arnold, SPD
 - Stadtverordnete Ingrid Bauer, SPD
 - Stadtverordneter Kurt Dersch, SPD
 - Stadtverordneter Dirk Dins, SPD
 - Stadtverordnete Beate Gammel, SPD
 - Stadtverordneter Heiko Grieser, SPD
 - Stadtverordneter Maximilian Klöss, SPD
 - Stadtverordneter Stefan Ringer, SPD
 - Stadtverordneter Heiko Schmidt, SPD
 - Stadtverordneter Harald Stanka, SPD
 - Stadtverordneter Ingo Thaidigsmann, SPD
 - Stadtverordneter Jürgen Erhardt, Bündnis 90/Die Grünen
 - Stadtverordnete Marine Hervé, Bündnis 90/Die Grünen
 - Stadtverordneter Martin Krey, Bündnis 90/Die Grünen
 - Stadtverordneter Jochen Ruoff, Bündnis 90/Die Grünen
 - Stadtverordnete Alexandra Seffrin, Bündnis 90/Die Grünen
 - Stadtverordneter Dieter Adolph, FDP
- Entschuldigt:
- Stadtverordneter Peter Bitsch, LWG/CDU
 - Stadtverordnete Barbara Roth, LWG/CDU
 - Stadtverordneter Thomas Bauer, SPD
- Vom Magistrat:
- Bürgermeister Michael Helbig
 - 1. Stadtrat Otto Schneider, SPD
 - Stadtrat Werner Hunkeler, SPD
 - Stadtrat Gerhard Scheerer, SPD
 - Stadtrat Dr. Siegfried Schwarzmüller, Bündnis 90/ Die Grünen
 - Stadtrat Heiner Wider, LWG/CDU
- Entschuldigt:
- Stadtrat Reinhard Bitsch, LWG/CDU
- Schriftführerin: Heike Bauer
- Verwaltung: Judith Bigalke
- Gäste: 25

Stadtverordnetenvorsteher Schmidt eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit bei 28 anwesenden Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung fest.

Auf die Frage, ob es gegen die Tagesordnung Einwände gibt, bittet Stadtverordneter Ringer um die Aufnahme der Punkte „Anträge Luisenkrankenhaus“ und „Änderung der Entschädigungssatzung“. Einstimmig wird die Aufnahme der Punkte „2. Änderung der Entschädigungssatzung“ als TOP 7 *neu*, als TOP 8 *neu* „Anträge Luisenkrankenhaus“ sowie die Behandlung der „Grundstücksangelegenheiten“ unter TOP 9 *neu* im nichtöffentlichen Teil beschlossen.

Teil I

TOP 1 Magistratsbericht

- Bürgermeister Helbig weist darauf hin, dass der Jahresabschluss 2013 fertiggestellt ist. Er nennt einige Eckpunkte.
- Sodann macht er unter Verweis auf den als Tischvorlage verteilten Bericht zum Konsolidierungsfortschritt einige Ausführungen zur Entwicklung des jahresbezogenen Defizits.
- Es werde im Übrigen in Kürze die Haushaltsgenehmigung erwartet; vom Regierungspräsidium nachgeforderte Unterlagen seien nachgereicht worden.
- Weiterhin gibt Bürgermeister Helbig bekannt, dass in den nächsten Tagen die Ausschreibung der Stelle des Wassermeisters erfolgen wird. Der Magistrat sei beauftragt worden, die Möglichkeiten der Umsetzung der 4 Varianten der künftigen Wasserversorgung zu prüfen.
- Im Bereich der Wasserversorgung stehe aktuell die Planung einer Verbindungsleitung vom Hochbehälter Schöne Aussicht nach Winkel an; die Genehmigungen hierfür lägen vor.
- Das Schwimmbad werde voraussichtlich Mitte Mai eröffnet. Eine Antwort des Ministeriums zum Förderantrag liege noch nicht vor. Seit 13. Oktober 2015 habe die Verwaltung bereits an dem Förderantrag gearbeitet.
- Der Magistrat habe beschlossen, die Kosten für die Demonstrationen zum Erhalt des Luisenkrankenhauses (Druck der Flyer und Verteilung) zu übernehmen. Die Demonstrationen fänden nunmehr jeden 1. Montag/Monat um 17:00 Uhr statt.
- Der Magistrat habe außerdem den Beitritt der Stadt zur BüGeVo beschlossen.
- Im Dorfgemeinschaftshaus Kolmbach seien planmäßig die Fenster ausgetauscht worden (Kosten: 23.000 €).
- Im ersten OG des Hauses der Vereine in der Wilhelm-Baur-Str. 11 werde nun ein Jugendraum eingerichtet. Man habe hier eine Einigung mit den betroffenen Vereinen herbeiführen können.
- Der Kur- und Touristikservice arbeite am Thema „freies W-Lan“ im Bereich des Bürgerhauses, des Jugendraumes und des Schwimmbades.
- Es folgt ein Hinweis auf die Wartungsarbeiten der LED-Straßenbeleuchtung durch die entega. Im dem Zuge würden vereinzelt Straßenlaternen auch tagsüber brennen.
- Bürgermeister Helbig gibt zu bedenken, dass dies die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in der laufenden Wahlzeit ist. Es sei eine bewegende Zeit gewesen, in der der Schutzschirmvertrag abgeschlossen worden sei. Die Diskussionen seien Zeichen der Demokratie. Vorherrschend seien immer noch die Themen Wasserversorgung, Schwimmbad und Feuerwehr. Heute habe ein erster Behördentermin zum Burgprojekt stattgefunden; der Geo-Park-Vertreter seien ganz begeistert von den Planungen.
- Weiteres wichtiges Thema sei die Nahversorgung; hier ergebe sich mit der anstehenden Eröffnung des Markthauses aber bald eine weitreichende Verbesserung.

TOP 2 Anfragen und Mitteilungen

Stadtverordneter Krey berichtet von der letzten Sitzung der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Gersprenzgebiet. Es sei dabei hauptsächlich um Retentionsräume gegangen, die bei Hochwasseraufkommen gebraucht würden. Ein weiterer Punkt sei die Umsetzung der Wasserrechtsrahmenrichtlinie (WRRL) gewesen. Sämtliche Maßnahmen diesbezüglich würden vom Regierungspräsidium koordiniert. Weiterhin seien Renaturierungsmaßnahmen vorzunehmen (hessische und europäische Mittel - Förderquote 75 – 90 %). Die erhöhte Verbandsumlage belaufe sich für Lindenfels auf 3.654 €. Im Übrigen sei der Biber bereits bis Brensbach vorgedrungen.

Teil II

Top 3 Gemeinsame Erklärung zur Kommunalwahl

Stadtverordneter Ruoff verliest den Text eines Antrages der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN, mit dem zur Teilnahme an der Kommunalwahl aufgerufen wird.

Beschlussvorschlag:

Gemeinsame Erklärung zur Kommunalwahl

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lindenfels ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich am 6. März an der Kommunalwahl zu beteiligen.

Das Lindenfelser Parlament besteht aus 31 gewählten Abgeordneten, die in ehrenamtlicher Tätigkeit wichtige Entscheidungen für ihre Stadt treffen. Sie tun dies mit der gleichen Haltung wie viele Ehrenamtlich Engagierten in den Vereinen und Initiativen zum Wohle unserer Stadt. Eine hohe Wahlbeteiligung gibt dem Parlament eine Legitimation zur Vertretung der Interessen für die Lindenfelser Bürgerschaft.

Deshalb appellieren wir an Sie: Gehen Sie bitte wählen, nehmen Sie Ihr Recht wahr und wählen Sie demokratische Parteien.

Abstimmung: 28 dafür; 0 dagegen; 0 Enthaltungen

TOP 4 Straßenausbau „Graben“ in der Kernstadt von Lindenfels

Hier: Beschlussfassung zur Ausbauplanung

Erneuerung der Wasserversorgung und grundhafter Ausbau der Straße

Zu dem TOP berichtet zunächst Stadtverordneter Richter aus der Beratung im Bauausschuss, sodann Stadtverordneter Thaidigsmann aus dem Haupt- und Finanzausschuss.

- Stadtverordneter Ruoff ist bei diesem TOP nicht im Raum. –

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ausbauplanung für die Straße „Graben“ und Erneuerung der Wasserversorgungsleitung gemäß der Planung des Büros Golükes Ingenieure GmbH & Co. KG, Mühlthal, vom 21.01.2016.

Abstimmung: 27 dafür; 0 dagegen; 0 Enthaltungen

TOP 5 Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung des Bebauungsplans „Birkenfeld“

Stadtverordneter Richter berichtet nach Aufforderung aus dem Bauausschuss. Es habe dort zu allen Beschlussvorschlägen (a bis c) die einstimmige Empfehlung zu entsprechenden Beschlüssen gegeben.

Beschlussvorschlag a)

Die 1. Änderung des Bebauungsplans „Birkenfeld“ in Lindenfels, Stadtteil Winterkasten, wird beschlossen. Dieser Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Beschlussvorschlag b)

Der vorgelegte Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans „Birkenfeld“ wird als Grundlage für die Beteiligung der Öffentlichkeit im Sinne des § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Dieser Beschluss ist mit Angabe des Ortes und der Dauer der Auslegung ortsüblich bekannt zu machen.

Beschlussvorschlag c)

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch den vorgelegten Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes „Birkenfeld“ berührt wird, wird gemäß § 4 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Nach einvernehmlicher Verständigung erfolgt über die Beschlussvorschläge a – c gemeinsame

Abstimmung: 28 dafür; 0 dagegen; 0 Enthaltungen

TOP 6 Veranstaltung einer Zukunftswerkstatt Schwimmbad

Stadtverordnetenvorsteher Schmidt erteilt Stadtverordneten Ruoff das Wort zur Begründung des vorliegenden Antrags der Fraktion der GRÜNEN.

Nach ausführlicher Diskussion wird nachstehender Beschlussvorschlag verlesen und zur Abstimmung aufgefordert.

Beschlussvorschlag

Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der AG Schwimmbad eine „Zukunftswerkstatt Schwimmbad“ zu veranstalten. Dort soll den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden ihre Ideen zu Gestaltung de Schwimmbades einzubringen. Dort können zudem unterschiedliche Sanierungsmodelle zur Diskussion gestellt werden.

Abstimmung: 27 dafür, 0 dagegen, 1 Enthaltung

TOP 7 2. Änderung der Entschädigungssatzung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 2. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung in nachstehender Form.

2. Änderungssatzung zur Entschädigungssatzung

Aufgrund der §§ 5, 27 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 20.12.2015 (GVBl. I S. 618) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lindenfels in ihrer Sitzung am 18. Februar 2016 folgende 2. Änderung der Entschädigungssatzung vom 13.06.2006, geändert mit Satzung vom 22.08.2013 beschlossen:

Artikel 1

§ 3 (1) erhält folgenden Wortlaut:

Ehrenamtlich Tätige erhalten neben dem Ersatz des Verdienstausfalls und der Fahrkosten pro Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, des Magistrates, des Ortsbeirates oder des Gremiums, dem sie als Mitglied oder kraft Gesetzes, Satzung oder Geschäftsordnung angehören oder in das sie als Vertreterin oder Vertreter der Stadt entsandt worden sind, folgende Aufwandsentschädigung:

- Stadtverordnete	13,00 €
- Ehrenamtliche Stadträte/Stadträtinnen	13,00 €
- Mitglieder der Ortsbeiräte	13,00 €
- Sachkundige Einwohnerinnen oder Einwohner einer Kommission	13,00 €
- Mitglieder des Wahlausschusses	13,00 €

Mitglieder der Wahlvorstände/Auszählungswahlvorstände bei Gemeindevahlen, Ortsbeiratswahlen, Wahlen der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters und Bürgerentscheiden erhalten pro Tag ihrer Tätigkeit 21,00 €

Artikel 2

§ 7 erhält folgenden Wortlaut:

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmung:

27 dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltung

TOP 8 Anträge Luisenkrankenhaus

Stadtverordnetenvorsteher Schmidt legt dar, dass zum Luisenkrankenhaus zwei Anträge vom 18.02.2016 vorliegen; ein gemeinsamer der Fraktionen SPD und GRÜNE sowie einer der Fraktion LWG/CDU; der ursprüngliche Antrag der GRÜNEN vom 15.02.2016 sei obsolet geworden. Stadtverordneter Strohmenger stellt klar, dass der Antrag der LWG/CDU als

Ergänzungsantrag zu verstehen ist. Stadtverordnete Ringer und Ruoff begründen den gemeinsamen Antrag mündlich.

Beschlussvorschlag SPD/GRÜNE

Die Stadtverordnetenversammlung Lindenfels fordert alle Beteiligten des Runden Tisches zur Zukunft eines Krankenhausstandortes Lindenfels auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und für eine ausreichende medizinische Versorgung für die Bevölkerung im Odenwaldteil des Kreises Bergstraße zu sorgen.

Das von dem Chefarzt des Luisenkrankenhauses Dr. Wahlig und anderen Fachleuten erarbeitete Konzept (Luise light mit einer ambulanten Versorgung durch MVZs) kann eine gute Grundlage für ein zukunftsweisendes Konzept darstellen.

Sobald dieses Konzept öffentlich ist, müssen in der Übergangsphase alle Verantwortlichen eine ambulante und stationäre medizinische Versorgung der Region sicherstellen.

Hier sind sowohl die UMM als Betreiber und Besitzer der Gebäudes, der Diakonische Verein als Besitzer des Grundstücks, der SKHV als Mitbesitzer des Gebäudes als auch die Stadt Lindenfels, der Kreis Bergstraße, das Land Hessen und der Bund in der Verantwortung, diese Aufgabe zu meistern. Auch die Kassenärztliche Vereinigung und weitere Institutionen tragen Verantwortung für die Gewährleistung einer ausreichenden medizinischen Versorgung der Bevölkerung unserer Region.

Abstimmung: 28 dafür; 0 dagegen; 0 Enthaltungen

Zum Ergänzungsantrag der LWG/CDU entwickelt sich eine kontroverse Diskussion. Stadtverordneter Ruoff schlägt die Überweisung der Sache an den Haupt- und Finanzausschuss vor.

- Stadtverordnetenvorsteher Schmidt unterbricht die Sitzung zur Beratung in den Fraktionen um 21:15 Uhr für 10 Minuten. Um 21:35 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt. –

Beschlussvorschlag

Der Antrag der LWG/CDU vom 18.02.2016 zum Luisenkrankenhaus wird zur Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

Abstimmung: 16 dafür; 12 dagegen; 0 Enthaltungen

-Stadtverordnetenvorsteher Schmidt stellt das Ende des öffentlichen Teils fest.-

Teil III

Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung: 21 :10 Uhr

Schmidt
Stadtverordnetenvorsteher

Bauer
Schriftführerin